

Wilsdruff, am 10. Februar 1928.

Merktblatt für den 11. Februar.

Sonnenaufgang 7⁵² | Mondaufgang 9³⁰ A.
Sonnenuntergang 5⁵² | Monduntergang 3³² N.
1813 Der Dichter Otto Ludwig in Giebfeld geb. — 1841
Napoleon schlägt die Preußen bei Montmirail. — 1919 Friedrich
Ebert wird Reichspräsident.

Rur ein Groschen . . .

Wenn man heute in stillen Stunden dabei einmal in alten Kästen herumstöbert und dabei einen alten Nidelgrofchen findet, dann kommt man leicht in die Versuchung zu sagen: „Da, das waren noch Zeiten!“

Gewiß! Ein Groschen stand vor 1914 noch in hohem Ansehen. Man bekam für zehn Pfennige schon allerhand. Wer morgens mit einem unbedeutenden Stück Brot von Mutter wegging, konnte sich vom Stift für zehn Pfennige schon ein reichliches Frühstück holen lassen. Und wer abends im Kaffee dem „Ober“ zehn Pfennige Trinkgeld gab, fühlte sich schon wie ein Graf und wurde von den dienstbaren Geistern auch ähnlich behandelt.

Mit dem Nidelgeld verchwand auch der ehrliche Glanz des Groschenwortes. Die „Eikernen“ haben im Kriege auch noch ihren Zweck erfüllt, aber die „Papiernen“, da fing die Sache schon an geringschätzig behandelt zu werden und als im Dezember 1923 der schlichte Pfennig zehn Milliarden Mark galt, da dachte niemand mehr an den alten guten Groschen . . .

Mit der Rentenmark kam 1924 das gelbe Zehnpfennigstück. Nideltrausch wurde es empfangen. Was bekam man denn für zehn Pfennige?

Diese Frage: „Was bekommt man für zehn Pfennige?“ ist auch heute noch in vielen Köpfen und auch heute noch die Beachtung findet, die er in Wirklichkeit doch wieder verdient. Man nehme sich nur einmal die Mühe, festzustellen, was man heute für zehn Pfennige wieder alles bekommen kann, angefangen von den Bröckchen, Apfelsinen, Streichhölzern, Schokoladen- und Juckzeug usw. Und dann: wie kerten wir es doch in der Rechenstunde in den Schuljahre? Zehn Groschen geben eine Mark! Das ist es, was man heute nicht mehr begreifen will und weshalb der Groschen heute nicht die Rolle spielt, die er verdient!

Verlegung des hiesigen Gerichtsvorstandes. Der Amtsgerichtsrat Dr. Schaller ist vom 1. März d. J. ab zum Amtsgericht Glauchau versetzt und zum Vorsitzenden der dort für die Bezirke der Amtsgerichte Glauchau, Döbenheim-Grünhain, Lichtenstein-Collnberg, Meerane und Waldenburg errichteten Kammer für Handelsachen ernannt worden. — Man wird dem weit über den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff hinaus bekannten und durch seine Leutseligkeit allgemein beliebten Gerichtsvorstand, der gern auch der Öffentlichkeit diente durch Vorträge, nur mit Bedauern scheiden sehen. Die besten Wünsche begleiten ihn in seinen größeren Wirkungskreis.

Die Steuerabgabe der Kriegsbeschädigten. Nach einer Mitteilung des Reichsministers der Finanzen wird den kriegsbeschädigten Arbeitnehmern, die rentenberechtigter sind, also mindestens um 25 % erwerbsbeschränkt sind, allgemein ohne Rücksicht auf die tatsächlich erwachsenen Vermögenskosten eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags um den Hundertsatz der Erwerbsbeschränkung zugebilligt. Diese Erhöhung des gesamten steuerfreien Lohnbetrags um den Hundertsatz der Erwerbsbeschränkung soll die kriegsbeschädigten Arbeitnehmer schadlos halten für die erhöhten Aufwendungen, die ihnen durch das Tragen von Brotzeiten, rascherer Abnutzung von Kleidern und Wäsche, erhöhter Fahrkosten erwachsen und nebenher ihnen auch noch einen sozialen Ausgleich bieten. Mit Rücksicht hierauf wird ersucht, den kriegsbeschädigten Arbeitnehmern bei der Erzielung von Erhaltungsanträgen auch für die Zeit der Erwerbslosigkeit oder Krankheit den um den Hundertsatz der Erwerbsbeschränkung erhöhten steuerfreien Lohnbeitrag zuzubringen. Der Nachweis der Erwerbslosigkeit soll im allgemeinen durch eine entsprechende Bescheinigung des Arbeitgebers geführt werden. Für den Nachweis kommen ferner in Frage Bescheinigungen der Krankenkassen oder der Erwerbslosenversicherung und Bescheinigungen zuverlässiger Berufsverbandsvertretungen (Gewerkschaften).

Die deutsche Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren Italien große Sympathie entgegengebracht. Das hat sich erst dann geändert, als die Nachrichten über die Unterdrückung der italienischen Bevölkerung in Südtirol sich immer mehr verstärkten. Wenn Herr Mussolini meint, diese veränderte Haltung der deutschen Presse sei auf einen Mangel der deutschen Regierung zurückzuführen, so verheißt er, daß man in Berlin nicht wie in Rom die Freiheit der Presse willkürlich beschränken kann. (Sehr gut!)

Wir können und wir würden auch der deutschen Presse nicht verbieten, Sympathie zu empfinden und einzutreten für ein Land und Volk, das seit vielen Jahrhunderten deutsch gewesen ist und der deutschen Kulturgemeinschaft weitaus angehört. Wenn aus der Unterdrückung eines Volkes die Gefahr einer Störung des Friedens entsteht, ist der

Appell an den Völkerverbund

gegeben. (Lachen rechts und bei den Kommunisten.) Das Reichskabinett hat gestern den Eintritt in den Völkerverbund beschlossen und ist darin bestätigt worden durch die Mussolinische Rede.

Aberhebung und Maßlosigkeit.

Diese Rede fordert nicht nur die Entdeutschung Südtirols, sondern sie ist in der ganzen Welt als eine Kriegsdrohung aufgefaßt worden gegen Deutschland und Österreich. Derartige Drohungen sind mit dem Geiste des Völkerverbundes schlechthin unvereinbar, unvereinbar mit ihm ist der ganze Ton, die Überheblichkeit und Maßlosigkeit von Mussolinis Ausführungen. Man kann heute derartige Kriegsdrohungen doch nur als Frevel oder Lächerlichkeit bezeichnen. So etwas braucht kein Ausdruck innerer Kraft zu sein. (Lebh. Zustimmung.)

Das Mussolini über Walter von der Vogelweide sagte, verkennet das Wesen dieses deutschen Dichters. Nicht seine Bedeutung in der Weltliteratur, sondern das Deutschtum Walters von der Vogelweide zeugt davon, daß Vögel innenhalb der deutschen Kulturgemeinschaft liegt. (Lebh. Beifall.) Mussolini wendet sich gegen die deutschen Touristen und spricht vom Mißbrauch italienischer Gastfreundschaft, droht aber gleichzeitig Repressalien an für einen ewigen Reisebottent Italiens durch Deutschland. Wenn die Zahl der deutschen Touristen in Italien zurückgeht, so dürfte das nicht die Folge deutscher Maßnahmen, sondern die

Folge der Mussolini-Rede

sein. (Lebh. Zustimmung.) Mussolini hat einst anders über Deutschland gesprochen. Noch 1920 rühmte er in einer Rede den Wert der deutschen Kultur und der deutschen Arbeit für den Wiederaufbau Europas. Mussolini hat zum Anlaß für seine große Aktion die Landtagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten Held genommen, ohne den Wortlaut dieser Rede erst abzuwarten. Ministerpräsident Held hat ganz klar nur von der zukünftigen Freiheit der Deutschen Südtirols gesprochen.

Wir erheben es allerdings wünschenswert, daß auswärtige Politik nur von den Reichsgesetzten und im Reichstag gemacht wird. (Lebh. Beifall links.)

Man sollte nicht durch Interpellationen die Ministerpräsidenten der Länder in die Zwangslage bringen, über Außenpolitik zu sprechen. Die Verantwortung für die Außenpolitik trägt jedenfalls nur die Reichsregierung.

Wir lassen uns das Recht nicht nehmen, für die kulturellen Rechte der deutschen Minderheiten im Ausland einzutreten, wie wir auch die Rechte der in unseren Grenzen wohnenden nationalen Minderheiten wahren wollen. (Beifall.) Die Anteilnahme des deutschen Volkes an den Menschen des deutschen Staates jenseits unserer Landesgrenzen ist ein Naturrecht, das wir uns nicht bestreiten lassen. (Lebhafter Beifall.)

Wir werden im Völkerverbund für die nationalen Minderheiten eintreten. Wir haben keine Gegenseite zum italienischen Volk und wollen mit ihm in Frieden leben. Aber zur Grundfrage des Friedens gehört auch seine Selbstachtung, ohne die ein Volk vor sich selbst nicht bestehen kann.

Höhere Maßlosigkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust innerer Kraft. In diesem Gefühl wolle sich die gegen Deutschland gerichteten Drohungen mit aller Entschiedenheit zurid. (Lebhafter Beifall.)

Stellungnahme der Parteien.

Abg. Dr. Schulz (D. Sp.) gibt im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der die Beleidigungen und Drohungen Mussolinis als eine Anleihe zur Politik der Gewalt zurückgewiesen werden. Sie seien geeignet, den Frieden Europas zu bedrohen. Weder die deutsche Regierung noch irgendwelche verantwortlichen Stellen haben eine Parole gegen Italien abgegeben. Wenn in der Presse gegen die Unterdrückung der Minderheiten in Südtirol Protest erhoben sei, so komme ein Einschreiten dagegen nicht in Frage, da keine rechtswidrige Handlung vorliege. Gegen das Unrecht in Südtirol müsse vor aller Welt Einspruch erhoben werden. In der Beurteilung dieser Vorgänge weiß sich das deutsche Volk einig mit den Gerechtmächtigenden aller Nationen. Der Redner schließt mit einer Sympathieerklärung für den deutschen Stamm in Südtirol, der seine Pflichten gegen den italienischen Staat voll erfüllt habe. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Stamper (Soj.) wandte sich scharf gegen die Mussolinische Rede. Dem deutschen Volke sei Italien teuer durch die Geschichte seiner Kämpfe um Einheit und Freiheit, aber nur

das Italien des von Mussolinis Werkzeugen gemordeten Matteotti. Welt seine Partei Italiens Freunde seien, wünsche sie dem italienischen Volke, daß es sich bald aus der faschistischen Zwangsgläube befreien möge. Mussolini wolle Bästisch in Bozen ein Denkmal setzen. Dattisi sei als Märtyrer der italienischen Rationalisten in Österreich gestorben. Das Deutschland würde also einen Mann zeigen, der die Volksgemeinschaft immer höher gestellt habe als die durch Eroberungszüge künstlich geschaffenen Landesgrenzen.

Abg. Spahn (Ztn.) wies darauf hin, daß seit der Einbringung der deutschnationalen Interpellation über die Unterdrückung der deutschen Südtiroler die Verhältnisse sich noch verschlimmert hätten. Die Rede Mussolinis habe klar die Gewaltspolitik ausgedrückt, mit der das alte deutsche Volkstum in Südtirol ausgerottet werden soll. Gegen diese Gewaltspolitik, die schon vor der Mussolinischen Rede klar erkennbar gewesen sei, die Stimme zu erheben, sei das Recht und die Pflicht des bayerischen Ministerpräsidenten Held gewesen. Die Mussolinische Rede sei keine gute Begleitmusik zum Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund. Seine Freunde könnten die Ausführungen des Außenministers vor Völkerverbundstag nicht unterschreiben, so sehr sie ihm zustimmen in der entschiedenen Zurückweisung der Drohungen Mussolinis. (Beifall rechts.)

Abg. Stöder (Komm.) bezeichnet es als symptomatisch, daß einer der Führer des Völkerverbundes eine solche Rede halten konnte; eben an dem Tage, als der Beschluß des deutschen Kabinetts zum Eintritt in den Völkerverbund gefaßt worden war. Die Rede Mussolinis zeige eben, daß in einem entscheidenden Augenblicke alle Verträge wie Felsen Papier behandelt würden.

Abg. Gamp (Wirtsch. Tag.) begrüßt in seiner kurzen Erklärung die Ausführungen des Außenministers und schließt sich der Erklärung der Regierungsparteien an.

Abg. Graf Neuenhof (Völk.) meinte, daß Frankreich von Locarno lasse im „Tempo“ die Haltung Mussolinis begrüßen. Der Geist von Locarno sei eben nur eine Phantastie der deutschen Staatsmänner und ihrer Anhänger. Die Völkischen behaupten, daß durch das Verhalten Mussolinis eine Spannung in den Beziehungen zu Italien eingetreten sei.

Damit schloß die Aussprache, deren Ergebnis
Präsident Lübe

für den Reichstag mit Ausnahme der Kommunisten dahin zusammenfaßte, daß der Reichstag die fastlich ungerechtfertigten und in der Form beleidigenden Angriffe und Ausfälle Mussolinis mit Nachdruck zurückweise. In der ganzen Welt herrsche die rechtliche Auffassung, daß das Schicksal Stammesverbändlicher Minderheiten von ihrer Internationation mit aller Anteilnahme verfolgt und ihr Ringen um das eigene Volkstum unterstützt werde. Obwohl das deutsche Volk nichts anderes wüßte, als im friedlichen Zusammenwirken mit den anderen Völkern seinem eigenen Aufbau zu dienen, werde es sich jedoch nicht davon abhalten lassen, für die deutschen Minderheiten unter fremder Staatsherrschaft eine gerechte Behandlung zu beanspruchen. (Lebhafter Beifall.) Dieses Recht solle sich das deutsche Volk am allerwenigsten durch beleidigende Angriffe und sinnlose Drohungen beschränken lassen. (Lebhafter Beifall.)

Letzte Meldungen

Abbau der privaten Vorschulen in Preußen.

Berlin. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, haben die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen der Länder Richtlinien über den Abbau der privaten Vorschulen und Vorstufklassen vereinbart, denen zufolge Oftern 1926 zum letzten Male Schulneulinge in die bestehenden privaten Schulen aufgenommen werden dürfen; von Oftern 1927 ab soll dann schrittweise der Abbau beginnen, der bis Oftern 1929 überall durchgeführt sein soll.

Die Unterbringung erwerbsloser Angestellter.

Berlin. Nach einem von der demokratischen Fraktion im Reichstag eingegangenen Gesetzentwurf sollen die Landesarbeitsämter die Beschäftigten erhalten. Arbeitgeber, die mindestens fünf Angestellte beschäftigen, anzuhalten, Angestellte, die das 40. Lebensjahr überschritten und seit mindestens zehn Jahren eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben, zu beschäftigen, wenn diese Angestellten länger als drei Monate erwerbslos gemeldet sind.

Für die Erhaltung des Goethe-Hauses.

Frankfurt a. M. Im Interesse der Erhaltung des Goethe-Hauses und seiner Sammlungen hat der Magistrat beschlossen, dem Freien Deutschen Hochstift, das nach Verlust des Stiftungskapitals die für die Erhaltung erforderlichen Mittel nicht aufbringen kann, eine jährliche Subvention bis zu 15 000 Mark zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß das Reich sowohl als Preußen einen gleichen Beitrag leisten.

Tirol will an den Völkerverbund appellieren.

Innsbruck. Im Tiroler Landtag erklärte Landeshaupmann Dr. Stumpf, daß er wegen der Rede Mussolinis an die österreichische Bundesregierung herantritt und die Südtiroler Frage dem Völkerverbund vorzulegen. Die Abgeordneten aller Parteien stimmten dieser Anregung zu.

Aber nein! Um diese späte Nachtstunde wäre sein Onkel doch nicht erst hingegangen zu Frau Lillian! Und sie sowie Edith haben doch nichts gewußt von Wilhelm von Ramin. Also — war er nicht dort gewesen.

Aber Ediths ganz seltsames Benehmen! Verborg sie ihm nicht doch etwas?

Er bückte sich rasch, denn es schien ihm, als sei ihm eben etwas entfallen. Richtig! Da lag ein Fehden Papier auf dem Teppich. Das war wohl daselbe, das er neben dem Bett des Hauptmannes gefunden hatte.

Fast ohne etwas dabei zu denken, rollte er das zerkniterte Fehden auseinander. Es standen da, mit Schreibmaschine geschrieben, ein paar Zeilen:

Wir teilen Ihnen auf Ihre Anfrage mit, daß Nummer 666 (Otto Willstadt) seit 1. August d. J. seine Haft hier —

Bei dem Worte „hier“ war das Papier auseinandergerissen. Der Schluß des Satzes fehlte.

Herbert von Ramin war neben dem Tische auf einen Stuhl gesunken.

„Edith!“ dachte er, in einer wirren Angst, in einem Schrecken, der ihn fast lähmte, „Edith! Sie darf das nicht erfahren.“

Also Nummer 666 . . . Dieselbe Nummer hatte Lillian damals auf der Triesterstraße genannt. Und hier — hier war eine Aufklärung — vielleicht auch eine Erklärung für manches andere . . .

Aber woher hatte Otto Willstadt diesen Papierfetzen? Und was für eine Schuld hatte der einstige Offizier als Nummer 666 verbüßt?

Sein Onkel hätte ihm wahrscheinlich auch darüber Auskunft geben können! Wenn er doch heimkäme! endlich heimkäme! . . .

Aber Wilhelm von Ramin kam in dieser Nacht überhaupt nicht mehr. Als der Morgen graute, stand Herbert auf und ging nach des Onkels Privaträumen. Er durchsuchte die ganzen Zimmer. Fand sich da nirgends ein Anhaltspunkt, irgendein Fingerzeig, wo der alte Mann geblieben war? Kein Brief? Gar nichts?

Alles Suchen und Forchen war erfolglos. Der alte

Ramin war kein schreibseliger Mann. Gefühle spielten in seinem Leben überhaupt keine große Rolle. Also hatte er auch keine Erinnerungen, keine Andeutungen, nichts . . .

Als es Tag ward, sandte Herbert den Diener nach dem Klub. Dort war Ramin am letzten Abend nicht erschienen worden. Er selbst ging zu den wenigen Freunden, mit denen der alte Herr verkehrt hatte.

Aber niemand wußte auch nur die leiseste Auskunft zu geben über den Verbleib des Baumleiters.

Wieder ging Herbert nach Hause. Vielleicht war der Onkel inzwischen gekommen?

Der alte Andreas kam ihm schon auf der Treppe aufgeregter entgegen.

Rein. Der Herr war noch immer nicht da — ein Unglück muß geschehen sein — ganz gewiß. Man mußte es auf der Polizei melden.

„Ja, man muß es melden“, sagte Herbert wie nach einem Entschlusse ringend, „ich — ich gehe jetzt gleich selbst fort. Es ist ja schon zehn Uhr.“

Mit schweren Schritten ging er die Treppe hinab. Melden? Was sollte er melden? Daß er den ganz bestimmten Verdacht hegte, Lillian Willstadt und Edith sagten wesentlich eine Unwahrheit aus, daß er es fast für sicher annahm, der Hauptmann Willstadt habe keinen Schlaganfall erlitten, daß er bestimmt glaubte, die Geschickte dieser beiden Männer seien in dieser Nacht auf irgendeine noch unaufgeklärte Art miteinander verknüpft worden?

Sollte, konnte er alles das sagen? Er, der Edith Willstadt liebte mit der ganzen tiefen Liebe eines Mannesherzens der hoffte, einst der Schwiegersohn des alten Mannes zu werden, den er jetzt selbst anklagen sollte?

Rein — das konnte er gar nicht! Sein ganzes Zukunftsglück konnte dabei in die Brüche gehen . . . Also sollte er nur sagen, daß sein Onkel abgänglich sei? Aber er mußte doch darauf verweisen, daß man den Bemühten vielleicht in jener Gegend suchen sollte! Und dann würde ein findiger Polizeimann schon das Weitere herausbekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Dämon des Lebens.

Kriminalerzählung von U. Ostland.

23

(Nachdruck verboten)

„Mein Onkel ist noch nicht daheim?“ fragte Herbert ablegend.

Rein, Herr Doktor. Der gnädige Herr hat gesagt, er gehe nur für ein paar Stunden fort. Das war so nach sieben Uhr. Und jetzt ist's schon so spät.“

„Lesen Sie sich zu Bett, Andreas!“ sagte Herbert. „Ich werde meinem Onkel selbst öffnen. Ich habe noch zu arbeiten.“

Der Diener war froh, von seinem Posten erlöst zu sein. Herber drehte im gemeinsamen Wohnzimmer das elektrische Licht auf und horchte angestrengt, ob er nicht den schwerentritt des alten Herrn schon vernehme. Aber nichts rührte sich.

Selbst! So lange war der Onkel doch selten aus. Nun war es beinahe zwei Uhr.

Wieder kam die Unruhe über den jungen Mann. Konnte, mußte da nicht ein Zusammenhang sein zwischen dem Unfall, welcher den Hauptmann Willstadt betroffen hatte, und dem Ausbleiben des alten Ramin? Er, Herbert, hatte doch jenen Bruchteil eines Gesprächs zwischen dem Hauptmann und Frau Lillian erlauscht. Sie hatte gesagt: „Ramin wird kommen“ — und er hatte sich dagegen geäußert . . .

Und heute lag der Hauptmann halb bemüßlos auf dem Feldweg hinter seinem Garten. Weshalb war er überhaupt hinausgegangen? Hatte er am Ende Ramin dort getroffen? Aber — wenn der Onkel den Begner wirklich niedergeschrien hätte — wo war er dann selbst?

Wieder sah Herbert von Ramin die Szenerie deutlich vor sich. Da lief der scharfe Feldweg dahin zwischen dem Aedgras und dem niedrigen Buschwerk. Und gleich daneben lag der dunkle Wasserlämpel. Wer sich da nicht gut austannte, wer einen Fehtritt tat . . .

Ein Schauder überkam den jungen Mann.